

Familien und Wirtschaft stützen

Im Rahmen der Vernehmlassung um die Finanzierung von Kindertagesstätten flammt die Diskussion um eine Art Erziehungsgeld für Familien neu auf. Eine Diskussion, die bereits vor acht Jahren geführt wurde – ohne Erfolg.

JANINE KÖPFLI

VADUZ. «Wenn Kindertagesstätten mehr Geld vom Staat bekommen, dann müssten eigentlich alle Familien mehr Geld vom Staat bekommen», so die Forderung, die in einigen Leserbriefen in den vergangenen Wochen angeönt wurde. Die Erziehung zu Hause müsste eine grössere Wertschätzung erhalten und generell müssten Familien besser unterstützt werden – am besten mit einem finanziellen Zustupf, so der Wunsch.

Familiengeld in der Kritik

Es ist nicht das erste Mal, dass die Regierung mit diesem Thema konfrontiert wird. Ganz im Gegenteil: Erziehungsgeld, Betreuungsgeld, Babygeld oder Familiengeld, wie diese Art der Familienunterstützung auch genannt wird, musste in Liechtenstein auch schon als Wahlschlager erhalten. 2008 stellte beispielsweise Regierungsrätin Rita Kieber-Beck ein Massnahmenpaket vor, das ein sogenanntes Familiengeld für alle Kinder vom ersten bis zum dritten Lebensjahr vorgesehen hätte. 600 Franken monatlich hätte an alle Kinder ausbezahlt werden sollen – unabhängig von den Einkommensverhältnissen der Eltern. Damit wollte die Regierung nicht nur Familien unterstützen, sondern auch Anreize schaffen, um mehr Kinder zu haben.

Es blieb bei einem Wunsch. In den folgenden Monaten wurde das Familiengeld regelrecht «verrissen». Vor allem, dass das Geld im Giesskannenprinzip verteilt werden sollte, stiess auf wenig Gegenliebe. Vor acht Jahren schienen die finanziellen Aussichten des Landes noch gut zu sein, aber schon damals fragten viele Politiker, wie für das Familiengeld acht Millionen Franken jährlich aufgebracht werden könnten.

Auch wirtschaftlich von Nutzen

Das Thema war ein gutes halbes Jahr später vom Tisch. Nicht



Bild: istock

Im Idealfall unterstützt der Staat im Rahmen der Familienpolitik Familien nicht nur direkt, sondern er investiert auch in Dienstleistungen, die eine Erwerbstätigkeit mit Kindern ermöglichen, was direkt der Volkswirtschaft zugute kommt.

nur aus finanziellen Gründen. Erfahrungen aus anderen Ländern wie beispielsweise aus Österreich zeigten, dass Kindergeld allein die Zahl der Geburten nicht zu steigern vermochte. Verschiedene Studien zeigten vielmehr, dass Staaten, die weniger Kindergeld zahlen und dafür mehr Geld in Dienstleistungen, die eine Erwerbstätigkeit mit Kindern ermöglichen, investieren, auch eine höhere Geburtenrate aufweisen. Staaten wie Frankreich oder die nordischen Länder beispielsweise geben laut einer Studie vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung Geld für Kinder und Familien aus. Im Unterschied zum österreichischen Modell zahlen sie weniger Geld direkt an die Familien, sondern finanzieren Kinderkrippen, Kindergärten, Tagesmütter und Haushaltshilfen.

Heute weiss man, dass Geld, das in Kinderbetreuungseinrich-

tungen investiert wird, um ein Mehrfaches in die Volkswirtschaft eines Landes zurückfliesst. Eine Studie aus Wien beschreibt beispielsweise die «volkswirtschaftlichen Effekte ausserhäuslicher Kinderbetreuung» als äusserst positiv.

Kindertagesstätten erhöhen laut Studie die Wertschöpfung und sichern Arbeitsplätze, ganz zu schweigen vom volkswirtschaftlichen Nutzen, der erreicht wird, weil die Eltern erwerbstätig sein können.

Jedes Familienmodell fördern

In der aktuellen Diskussion verweist Regierungsrat Mauro Pedrazzini ebenfalls darauf, dass ein Betreuungsgeld für alle Familien schlichtweg zu teuer wäre. Auch in der Interpellationsbeantwortung zum Thema Familien vom vergangenen Jahr wird erklärt, warum die Einführung eines «Erziehungsgeldes»

keinen Sinn macht. Die Kosten wären mit 98 Millionen Franken eindeutig zu hoch und könnten nur über Steuererhöhungen finanziert werden. Generell erklärte die Regierung in dieser Interpellation, dass kein Familienmodell speziell gefördert bzw. benachteiligt wird. Vielmehr werden Familien «heute trotz des Spardrucks auf den Staatshaushalt umfassend gefördert».

Familienpolitik breit abstützen

Mit den Plänen zur Neuregelung der Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung versucht die Regierung, der steigenden Nachfrage nach Kita-Plätzen gerecht zu werden. Dies bedeutet aber nicht, dass die Geldleistungen, die bisher einkommensunabhängig an Familien gezahlt werden (Kinderzulage, Geburtszulage, Mutterchaftszulage etc.) in irgendeiner Weise gekürzt werden. Für die

Kita-Finanzierung sollen auch keine zusätzlichen Steuergelder aufgewendet werden. Die Mehrkosten für zusätzliche Kita-Plätze sollen vom Staat und auch von der FAK, in die Arbeitgeber Beiträge einzahlen, subventioniert werden. Zusätzlich zahlen die Gemeinden einen Betrag und auch die Eltern sollen weiterhin einen Teil der Kosten (rund 40 Prozent) für einen Kita-Platz übernehmen.

Im Idealfall hat Familienpolitik mehrere Ansatzpunkte. Zum einen unterstützt der Staat Familien direkt, zum anderen Dienstleistungen wie Kindertagesstätten, welche ebenfalls die familienfreundlichen Rahmenbedingungen eines Landes verbessern. Mit der geplanten Kita-Finanzierung versucht die Regierung, die Familienförderung insgesamt breiter abzustützen und damit die Wahlfreiheit für Familien zu garantieren.